

Geschichte und Gegenwart des »76er-Denkmal« in Hamburg

Einweihung des »76er-Denkmal«, 15. März 1936.

Veteranen des Hamburger Infanterie-Regiments Nr. 76 setzten sich nach dem Ersten Weltkrieg für ein eigenes Denkmal an einem zentralen Platz der Stadt ein. Vor 1933 war ein solches Projekt politisch nicht durchsetzbar. Den nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten ausgerichteten Wettbewerb gewann der Bildhauer Richard Kuöhl. Den Denkmalsetzern ging es um eine Ehrung von »Kriegern«, dies unterstreichen auch die oberhalb der marschierenden Soldatenkolonne eingemeißelten Zeilen des Gedichts »Soldatenabschied« von Heinrich Lersch: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen«.

Staatsarchiv Hamburg, 720-1_388-36=020_001



Kriegerdenkmal und Gegendenkmal, 2012.

Als die Kritik an dem »76er-Denkmal« Ende der 1970er-Jahre lauter wurde, schrieb die Hamburger Kulturbehörde einen Wettbewerb zur »künstlerischen Umgestaltung der Denkmalsanlage« aus. Den Auftrag erhielt 1983 der Wiener Künstler Alfred Hrdlicka. Das Gegendenkmal sollte aus vier Teilen bestehen, von denen nur zwei realisiert wurden (»Hamburger Feuersturm«, Bronzewand und Figur auf dem Foto rechts, eingeweiht am 8. Mai 1985, und »Fluchtgruppe Cap Arcona«, Marmorblock in der Bildmitte, eingeweiht am 29. September 1986). Die beiden Teile zu den Themen »Soldatentod« und »Frauenbild im Faschismus« wurden nicht fertiggestellt.

Privatbesitz Detlef Garbe, Hamburg

Umgestaltungsvorschlag 2011



Grafik des »Bündnisses für ein Hamburger Deserteursdenkmal«, 2011.

Seit 2010 führte das »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal« zahlreiche Aktionen und Gedenkveranstaltungen durch. So wurde der »Kriegsklotz« 2011 mit einer Plastikfolie verhüllt. Da Unbekannte diese wieder entfernten, organisierte das Bündnis weitere Verhüllungen. Es setzt sich dafür ein, den im Juni 2012 von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossenen »Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz« am Dammtordamm zu realisieren.

René Senenko, Willi-Bredel-Gesellschaft, Hamburg

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG Drucksache **20/4467**

20. Wahlperiode Neufassung 13.06.12

Betr.: Deserteursdenkmal – Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz in Hamburg – Neue Formen des Gedenkens, vernachlässigte Aspekte, Fortentwicklung des Gesamtkonzeptes für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945 in Hamburg

Wie im Rahmen einer Expertinnen- und Expertenanhörung des Kulturausschusses im April 2012 festgestellt wurde, ist die politische Aufarbeitung der Thematik der Deserteure im Zweiten Weltkrieg und der Opfer der nationalsozialistischen Militärjustiz insgesamt nicht abgeschlossen. Die Geschichte der mit 15 Kriegsgewissheiten, dem Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis in Altona und den Hinrichtungsstätten auf dem Wehrmachtschießplatz Höttenbaum in Rahlstedt sowie im Untersuchungsgefängnis am Holstenglied bedeutenden Hamburger Wehrmachtsjustiz samt ihrer Opfer ist bisher wenig erforscht und in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Alle »Fahnenflüchtigen« gatten lange Zeit pauschal als »Vaterlandsverräter« und wurden nicht als Opfer des NS-Regimes anerkannt.

Die Expertinnen und Experten der Anhörung waren der Frage nachgegangen, welche Bedeutung ein Deserteursdenkmal haben kann. Dabei wurde herausgestellt, dass Denkmäler grundsätzlich ein Teil eines Netzes von Erinnerungsdiskursen und vielschichtiger Diskussions- und Partizipationsprozesse sind, die auch der Aufklärung und Reflexion dienen. Denkmäler sind sichtbare Orte inmitten der Städte, die den angesprochenen Gegenstand historisieren. Die Verwirklichung von Deserteursdenkmälern sollte daher die sehr unterschiedlichen individuellen Motive der Deserteure und anderer Opfergruppen und die damaligen gesellschaftlichen Strukturen berücksichtigen.

Die Stadt Hamburg sollte sich endlich seiner Verantwortung als bedeutender Standort der nationalsozialistischen Militärjustiz stellen und deren Opfern angemessen gedenken. So waren sich alle Expertinnen und Experten der Anhörung und so sind sich alle Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft einig: Erinnerungen verschwimmen, Betrachterinnen und Betrachter haben sehr unterschiedliche persönliche Zugänge zu

Wohl über kein bauliches Relikt des Nationalsozialismus ist in Hamburg so viel gestritten worden wie über das Kriegerdenkmal am Dammtordamm. An seiner Geschichte lassen sich Konjunkturen der Kriegsverherrlichung und Gefallenenehrung ebenso nachzeichnen wie radikale Kritik an Nationalismus, Kriegskult und Überhöhung des soldatischen »Opfertodes«. In dem 1936 auf Initiative der Traditionsvereine des Infanterie-Regiments Nr. 76 errichteten Denkmal manifestiert sich die Kritik des nationalsozialistischen Senats an dem 1931 von der Stadt Hamburg am Rathausmarkt eingeweihten Mahnmal, das an die 40 000 Hamburger Kriegstoten des Ersten Weltkrieges erinnert. Auf dem aus Muschelkalk gefertigten Steinblock des »76er-Denkmal« ist das mit Krieg verbundene Leid kein Thema, seine Inschrift preist den Heldentod: »Deutschland muss leben / und wenn wir sterben müssen«.

Obwohl die britische Militärverwaltung den Abriss militaristischer Denkmale angeordnet hatte, blieb das Monument erhalten. Doch schon in den frühen Nachkriegsjahren war diese Entscheidung umstritten. Zwischen den 1970er- und den 1990er-Jahren wurde das Denkmal wiederholt beschädigt und bemalt, und es war Ort antimilitaristischer wie auch militaristischer Kundgebungen. Ein 1985/86 von dem Wiener Bildhauer Alfred Hrdlicka im Auftrag des Senats geschaffenes Gegendenkmal am »Kriegsklotz« blieb unvollendet.

Mit Hämmern gegen das Kriegerdenkmal

Gesichter zerschlagen, Gewehre demoliert

Das Kriegerdenkmal am Stephansplatz ist nicht nur beschnitten, sondern jetzt auch – vermutlich bleibend – beschädigt. Auf der dem Platz abgewinkelten Seite, der Querfront zum Alten Botanischen Garten hin, wurde ein Teil der im Relief marschierenden Soldaten das Gesicht zerschlagen, Gewehräufe und Stiefelabsätze wurden abgehackt. Teile der Denkmals-Inschrift »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen« wurden weggeschlagen.

Die Polizei hat einen 17 Jahre alten Schüler aus Heesen, während er noch am Zerstörungswerk war, am Denkmal gestrichelt. Zeugen wollen allerdings mehrere Täter gesehen haben. Der Festgenommenen erklärte bei der Vernehmung: »Ich habe nur fortführen wollen, was andere vor mir begonnen haben.«

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat inzwischen die Kulturbehörde um ein Gutachten gebeten, ob die Schäden repariert sind. Der Leiter des Denkmalschutzamtes, Professor Manfred Fischer, erklärte auf Anfrage, gewollt müsse untersucht werden, was zu tun sei. Zuständig aber sei das Bezirksamt. Dieses berichtete von begonnenen Versuchen zweier Firmen, zumindest die Farbschichten mit chemischen Mitteln zu beseitigen. Für die kostspielige Restaurierung der beschädigten Soldatenfiguren jedoch bedürfte es einer Fachbehörde-Entscheidung.

Die Pressesprecherin der Kulturbehörde, Ilse Michaelis, verweist auf die Grundentscheidung, das dem Weltkrieg-Infanterie-Regiment 76 gewidmete Denkmal an seinem Platz zu belassen. Der ursprünglich für das vergangene Frühjahr angekündigte Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Platzes sei noch nicht ausgeschrieben. Fest steht bislang nur, dass Gedanken, mit der Ausstellung einer Nachbildung des von den Nationalsozialisten eingeschmolzenen »Heinrich-Heine-Denkmal« eine Art Gegendenkmal auf dem Platz zu schaffen, nicht weiter verfolgt wird. Das Heine-Denkmal soll auf den neugestalteten Rathausmarkt kommen.

Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion meinte deren Geschäftsführer Klaus Hansen, natürlich müsse eine Renovierung des Denkmals versucht werden. Vor neuen Beschädigungen könne man es jedoch nicht schützen. Die Proteste von Minderheiten seien allerdings Realität, und irgendwann könne sich die Frage ergeben, ob man die Reste der Denkmals nicht »museal aufbewahren« sollte.

Für die CDU erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eduard Troesch, das Denkmal sei auch ein Mahnmal. Die Auseinandersetzung um seinen Inhalt dürfe nicht mit Gewalt geführt werden. Für Sachbeschädigungen seien die Täter haftbar zu machen.

Die neuen Versuche, politische Ansichten mit Hammer und Meißel zum Ausdruck zu bringen, erinnern an den Sturz der Denkmäler der »Kolonialfiguren« Lettow-Vorbeck, Hans Dominik und Hermann von Wissmann, die 1988 im Unabhängigkeitslande Opfer studentischer »Aktionen« wurden. Die Universität verurteilt die Figuren seither in einem Versuchlag bei der Sternwarte Bergedorf.

HARALD NAUMANN



Erst beschmiedet, jetzt auch mit Hämmern und Meißeln beschädigt: Das Kriegerdenkmal am Stephansplatz. FOTO: CHRISTA KUHN

Artikel anlässlich von Demonstrationen am »76er-Denkmal« in der »Welt« vom 21. Juli 1981.

Bereits unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges regten sich in Hamburg Proteste gegen das kriegsverherrlichende Denkmal am Dammtordamm. Verschiedene gesellschaftliche Initiativen setzten sich seither für eine Beseitigung des »Kriegsklotzes« aus dem Stadtbild ein. 1985 verübten Unbekannte einen Sprengstoffanschlag. Ein von konservativen Kreisen gegründeter »Bund zur Pflege des 76er-Denkmal« (seit Januar 1995 »Bund für Denkmal-Erhaltung«) ließ den Steinblock immer wieder reinigen und auf eigene Kosten nachts beleuchten.

Die Welt, 21. Juli 1981